

Der Sprecher
der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland

2. Mai 1952

und der Sprecher der Banater
Schwaben in Deutschland

Herrn
Dr. Heinrich Krone
Bundesminister für besondere Aufgaben
Bonn
Kaiser-Friedrich-Straße 6

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

am 9. April durften wir Sie - als Sprecher unserer Landsmannschaften vom Herrn Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Hans Krüger bei Ihnen eingeführt - über das wichtigste Problem der aus Rumänien stammenden Deutschen unterrichten, über die Familienzusammenführung und die notwendig gewordene Aussiedlung unserer noch in Rumänien befindlichen Landsleute.

Wir danken Ihnen herzlich für die Teilnahme, die Sie unserer Lage und den sich daraus ergebenden Konsequenzen entgegenbringen. Um uns helfen zu können, verlangten Sie von uns eine kurze briefliche Darstellung des Ihnen vorgetragenen Problems und unserer Forderungen. Ihren Wunsch erfüllen wir jetzt, scheinbar etwas spät, doch die Verzögerung ist begründet, weil wir das erst vor kaum einer Woche eingetretene, übrigens erfreuliche Ergebnis eines für unsere Angelegenheit sehr bedeutsamen Testes abwarten wollten, von dem wir Ihnen nun ebenfalls berichten müssen.

+

Im Jahre 1939 lebten 800.000 Deutsche in Rumänien. Heute sind es nur 400.000, fast ausnahmslos Siebenbürger Sachsen (eingewandert im 12. Jahrh.) und Banater Schwaben (angesiedelt im 18. Jahrh.). Die Halbierung der Zahl erfolgte durch Umsiedlung der Deutschen aus Ost-rumänien (1940), Kriegsverluste, Flucht und Abwanderung sowie durch Todesfälle infolge der Verschleppung zahlreicher Männer und Frauen zu fünfjähriger Fron in die Bergwerke am Donez (1945) und später zum berüchtigten Donaukanalbau und zur Aussetzung in der Baragansteppe.

Die Überlebenden der 1943 durch einen deutsch-rumänischen Staatsver-

trag ins deutsche Heer eingestellten wehrpflichtigen Rumänien-deutschen ließen sich nach Kriegsende zumeist in der Bundesrepublik nieder, während ihre Frauen und Kinder größtenteils noch jetzt in Rumänien leben müssen, weil die rumänische Regierung nur einem Bruchteil von ihnen (einigen Tausenden) im Zeichen der Familienzusammenführung die Auswanderung erlaubte, auch dies bloß im letzten Jahrfünft. Elend und seelische Not der zertrennten Familien sind unbeschreiblich.

Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, einst Schöpfer großartiger, bis 1944 blühender Siedlungsgebiete, die der Europäisierung, der Kultur und Wirtschaft des Südostens entscheidend gedient hatten, sind heute restlos proletarisiert, ohne Eigentum an Fabriken, Läden, Werkstätten und landwirtschaftlichem Boden. Die Bauern arbeiten in Kolchosen oder wie die meisten Städter in Fabriken des Staates. Die deutschen ^{Schulen}, 1945 verstaatlicht, werden durch Zusammenlegung mit rumänischen Anstalten rasch abgebaut, um das volkhafte Bewußtsein der Kinder zu schwächen. Die deutschen Städte und viele Dörfer wurden durch gesteuerte Zuwanderung von Rumänen überfremdet und die erbgesessene Bevölkerung damit zersiedelt. Ein eigenständiges deutsches Gemeinschaftsleben ist ebenso unmöglich geworden wie jedwede organisierte Selbstvertretung. Diese Bedrängnis verschärft sich bis zur Unerträglichkeit durch das Gefühl der Unfreiheit, durch Angst und Elend und grausame Strafurteile in Prozessen, die gegen Unschuldige mit der Absicht geführt ^{werden}, den deutschen Selbstbehauptungswillen zu brechen.

Die überwiegende Mehrheit (sicherlich über 90%) der Deutschen ersehnt nichts leidenschaftlicher als die Auswanderung nach Westdeutschland, weil sie überzeugt ist, daß ihre Kinder sonst im Rumänentum versicken.

Die Heftigkeit des Auswanderungswillens, dem die Sehnsucht nach Wiedervereinigung mit ihren Familien bei den in der Bundesrepublik heimisch gewordenen Angehörigen entspricht, ergibt sich auch aus den von diesen eingereichten rund 60.000 Gesuchen um Zuzugsbewilligungen.

Die katastrophale Situation der Deutschen in Rumänien sind dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Vertriebene bekannt, die beide für die damit zusammenhängenden Fragen Verständnis bezeugen und die Familienzusammenführung unterstützen. Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Professor Dr. Carstens versprach, als wir ihn am 13.11.1961 besuchten, uns eine Audienz beim Herrn Bundeskanzler zu erwirken, damit wir ihn bitten können, die Gesamtaussiedlung unserer Landsleute zur Aufgabe der Bundesregierung zu machen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie sagten uns, das Ihnen einleuchtende Begehren der Rumäniendeutschen wollten Sie dem Herrn Bundeskanzler erläutern und ihn dafür gewinnen. Daher danken wir Ihnen ganz besonders und hoffen, daß Ihre Hilfe die Aussiedlung, die wir erstreben, tatsächlich unter die Aufgaben der Bundesregierung einreihen werde.

Zur Verwirklichung dieser Aufgabe bieten sich vornehmlich folgende Mittel an:

1. Fortlaufende Prüfung aller Kontakte mit Rumänien (z.B. bei Wirtschaftsverhandlungen), ob die Möglichkeit besteht, unserem Ziel näherzukommen. Die etwaige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien oder andere beidseitige Einrichtungen müßten an die Vorbedingung der Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien geknüpft werden,
2. Erweiterung der Familienzusammenführung als caritative Maßnahme durch Verhandlungen mit Bukarest,
3. Geldleistungen oder sonstige wirtschaftliche Vorteile für Rumänien. Dabei sei daran erinnert, daß Zehntausende von Juden vor etlichen Jahren aus Rumänien "herausgekauft" wurden und dies verringert auch heute geschieht. Damit ist Rumäniens Bereitschaft zu einer solchen Lösung bestätigt.

Wie wir Ihnen schilderten, boten uns im Herbst 1961 rumänische Kommunisten durch einen Londoner Bankdirektor die Auswanderung von uns benannten Deutschen, auch Eingekerkerten, an, wenn nach deren Eintreffen in der Bundesrepublik DM 7.500 für jede Familie (d.i. drei Köpfe) bezahlt werden. Sie, Herr Bundesminister, meinten, die dafür erforderlichen Beträge könne die Bundesregierung, die so viele Entwicklungsländer fördere, aufbringen. Es schien uns freilich geraten festzustellen, ob das Angebot ernsthaft sei. Ein Testfall, der die Befreiung zweier im Gefängnis sitzender Landsleute und ihrer Familien betraf, für die ihr hierzulande wohnender Angehöriger den geforderten Betrag zusicherte, ist nun, wie eingangs vermerkt, erfolgreich verlaufen; die betreffenden Personen sind in Westdeutschland. Wir können den rumänischen Vorschlag also nicht bezweifeln. Die benötigten Beträge kann aber nur die Bundesregierung flüssig machen. Wir bitten darum! Es geht um Untergang oder Rettung von zwei deutschen Stämmen, deren Menschen der Bundesrepublik tüchtigste Arbeitskräfte zuführen würden.

Im Vertrauen auf Ihre weitere Hilfe, Herr Bundesminister,
sind wir Ihre ergebenen

Dr. Dr. h. c. Heinrich Zillich
(Dr. Dr. h. c. Heinrich Zillich)
Sprecher der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland

Peter Ludwig
(Peter Ludwig)
Sprecher der Landsmannschaft der
Banater Schwaben